

Kommunalwahlprogramm 2026 für die Stadt und Region Hannover

Lebenswert in Hannover und Region

1. Stadt und Region des Friedens und der Sicherheit

- Stärkung der Polizei, Förderung leistungsfähiger Ordnungsämter
- Prävention durch Jugend- und Sozialarbeit
- Partnerschaften mit Hiroshima, Bristol und Poznań aktiv pflegen. Freundschaft mit Luan und Iwanowo neu beleben. Austauschprogramme zwischen Schulen stärken
- Militär- und Rüstungsmessen nicht bewerben und gegen die Durchführung der geplanten DSEI Messe 2027 (Defence & Security Equipment International Germany) protestieren
- Friedenspolitische Initiativen der Zivilgesellschaft unterstützen

Hannover soll eine Stadt sein, in der sich alle Menschen sicher fühlen und gut miteinander leben können. Frieden, Sicherheit und gegenseitiger Respekt sind dafür die Grundlage.

Dazu gehört öffentliche Sicherheit. Wir setzen uns für eine gut ausgestattete, präzise und ansprechbare Polizei ein sowie für leistungsfähige Ordnungsdienste. Unsere Stadt soll sauber, gut beleuchtet und gepflegt sein. Wichtig ist die enge Zusammenarbeit zwischen Stadt, Polizei und sozialen Einrichtungen.

Sicherheit entsteht aber nicht nur durch Kontrolle, sondern vor allem durch Prävention. Deshalb wollen wir die Jugend- und Sozialarbeit weiter ausbauen, Programme zur Gewaltprävention stärken und Nachbarschaftsengagement unterstützen.

Frieden ist die Grundlage für eine sichere Zukunft unserer Kinder und unserer Gesellschaft. Ohne Frieden, ohne Diplomatie und ohne internationale Zusammenarbeit können weder soziale Stabilität noch Umwelt- und Klimaschutz dauerhaft gelingen. Wenn Milliarden für Aufrüstung und Kriegsunterstützung ausgegeben werden, fehlen sie bei Bildung, Infrastruktur und Gemeinwohlaufgaben. Deshalb wollen wir, dass Hannover und die Region sich für Verständigung, Abrüstung und ein friedliches Zusammenleben mit anderen Völkern, anderen Städten einsetzen.

Städte- und Regionspartnerschaften sind lebendige Brücken zwischen Menschen. Sie verbinden Jugendliche, Familien, Vereine, Kulturschaffende und Engagierte. Die Partnerschaften mit Hiroshima, Bristol, Lu ´an und Poznań sollen aktiv belebt werden – mit regelmäßigen Begegnungen, gemeinsamen Projekten in Kultur, Bildung, Friedenslehre und Klimaschutz sowie sichtbarer Zusammenarbeit im Alltag unserer Stadt.

Schülerinnen und Schüler sollen erleben, dass Unterschiede keine Bedrohung sind, sondern eine Bereicherung. Verschiedene soziale Strukturen und Stadtteilkulturen sollen dabei sein. Ein Perspektivwechsel zwischen Innenstadt, Stadtrand und Umland wird ermöglicht und auf internationale Schulpartnerschaften – auch durch digitale Formate – vorbereitet.

Schulen sollen Orte der Bildung, der kritischen Reflexion sein und der freien Meinungsbildung dienen. Aufklärung und politische Bildung und die sachliche Auseinandersetzung mit aktuellen Konflikten ebenso wie mit historischen Zusammenhängen – einschließlich der Geschichte Palästinas und des Nahen Ostens sind notwendig. Das Neutralitätsgebot bei der Vergabe öffentlicher Räume muss konsequent gelten. Werbung oder Rekrutierung durch die Bundeswehr in Klassenräumen lehnen wir ab. Friedensgedenken darf nicht militärisch vereinnahmt werden. Bildung braucht Offenheit – keinen militärischen Einfluss.

Wir setzen uns dafür ein, dass Militarismus und Militärökonomie in unserer Stadt keine gesellschaftliche Normalität werden und wirtschaftlichen Vorrang erhalten. Die Bewerbung von Militär- und Rüstungsmessen lehnen wir ab. Darüber hinaus unterstützen wir zivilgesellschaftliche Proteste gegen die Rüstungsmesse in Hannover und fördern eine öffentliche Debatte über die Folgen von Waffenexporten und Aufrüstung.

Zur Friedensarbeit gehört auch die Auseinandersetzung mit der Geschichte. Die Verbrechen des Nationalsozialismus und das Leid seiner Opfer in Hannover müssen im öffentlichen Raum gewürdigt und nicht umgedeutet werden, um aktuelle Kriege zu begründen. Dazu zählt auch die Aufarbeitung der Rolle der „Legion Condor“ 1936 und die historische Bedeutung des

Fliegerhorsts Wunstorf. Erinnerung ist keine Rückschau aus Pflichtgefühl, sondern Voraussetzung für Verantwortung in der Gegenwart.

Unser Ziel ist klar: Hannover soll eine Stadt sein, in der Sicherheit, Frieden und Zusammenhalt zusammengehören. Eine Stadt, in der sich alle frei bewegen können, in der Konflikte fair gelöst werden und Menschen respektvoll miteinander umgehen – vor Ort und über Grenzen hinweg.

2. Verantwortungsvolle Finanzpolitik: Statt Aufrüstung – Kommunen entschulden für Investitionen statt Kaputtsparen

- Gegen Aufrüstung, weil sie auch auf Kosten der Kommunen geht
- Erhöhung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer
- Konsequente Umsetzung des Konnexitätsprinzips
- Einrichtung eines Altschuldentilgungsfonds durch das Land Niedersachsen
- Stärkung der kommunalen Steuerkraft
- Für eine soziale und ökologische Investitionspolitik
- Transparenz der kommunalen Finanzpolitik verbessern
- Keine Erhöhung der Grundsteuer
- Schlechte Finanzlagen erklären, sinnlose teure Projekte stoppen, Mehrbelastungen für die Bürger verhindern
- Große Investitionsprojekte nur mit tragfähigem Finanzierungskonzept und transparenten Folgekosten starten
- Haushaltszahlen und Großprojekte über ein öffentlich zugängliches Dashboard verständlich darstellen
- Einen leicht lesbaren „Haushalt in Kürze“ für Bürgerinnen und Bürger veröffentlichen
- Effizienzgewinne durch zentrale Beschaffung, moderne Verwaltungsprozesse sowie professionelles Flächen- und Energiemanagement erzielen
- Fördermittel von Land, Bund und EU konsequenter einwerben und für kommunale Projekte nutzen

- Einnahmen durch nachhaltige Erträge kommunaler Unternehmen sichern
– ohne zusätzliche Belastungen für Bürgerinnen und Bürger
- Pflichtaufgaben und den Substanzerhalt der öffentlichen Infrastruktur priorisieren – insbesondere bei Schulen, Kitas, Straßen und digitaler Infrastruktur
- Regelmäßige Quartalsberichte zu wichtigen Investitionsprojekten veröffentlichen und unabhängige Bewertungen ermöglichen

Die finanzielle Situation der Kommunen ist durch immer höhere Haushaltsdefizite geprägt. Diese sind nicht hausgemacht, sondern Folge politischer Fehlentscheidungen auf Bundes- und Landesebene. Die herrschende Politik betreibt auf Kosten der Kommunen eine Politik der Militarisierung, der Energiepreissteigerung und des Sozialabbaus bei gleichzeitiger Entlastung der Reichen und Vermögenden. Die Politik der Bundesregierung AfD, Grünen und Teilen der Linken, eine massive Aufrüstung mit unproduktiven Schulden zuungunsten von zivilen Investitionen in Bildung, Forschung, Infrastruktur etc. zu voranzutreiben, wird die Deindustrialisierung verstärken, die finanzielle Basis der Kommunen weiter schwächen und deren Verschuldung erhöhen. Die Zins- und Tilgungszahlungen der Aufrüstungsschulden aus den laufenden Haushalten werden die finanzpolitischen Spielräume zusätzlich massiv verengen und erheblichen Kürzungsdruck auf soziale Leistungen und Investitionen auslösen. Das BSW ist die einzig konsequente Friedenspartei.

Bei der katastrophalen Finanzlage der Kommunen dringend notwendig wäre eine Soforthilfe für die Kommunen, die etwa dem derzeitigen jährlichen Defizit der kommunalen Haushalte von 30 Milliarden Euro entspricht. Konkret wäre das über eine Anhebung des Anteils der Kommunen am Umsatzsteueraufkommen um 10 Prozentpunkte von 2,8 auf 12,8 Prozent möglich, wie dies etwa der Deutsche Städtetag fordert.

Zur Verbesserung der kommunalen Finanzlage muss in Zukunft wieder strikt das Konnexitätsprinzip gelten: Bund und Land müssen die Kommunen für

übertragene Aufgaben vollumfänglich entschädigen und ihre Zuweisungen erhöhen. Eine angemessene Kreditaufnahme für Investitionen muss möglich sein.

Gleichzeitig fordern wir vom Land die Einrichtung eines Altschuldentilgungsfonds, etwa nach dem Vorbild des Bundeslandes NRW.

Das BSW in der Region Hannover tritt gegen den Kurs des Kaputtsparens an und setzt auf eine antizyklische Finanzpolitik - Investitionen in schlechten Zeiten sichern die Zukunft unserer Stadt und Region. In diesem Sinne muss eine angemessene Kreditaufnahme stattfinden.

In einer wirtschaftlichen Krisenzeit wollen wir für Mieter und Eigentümer keine Mehrbelastungen durch eine Erhöhung der Grundsteuer. Das BSW setzt sich für eine weitere Ausgestaltung der kommunalen Steuerautonomie ein.

Die Transparenz der kommunalen Haushaltsführung muss sich deutlich verbessern. Haushaltszahlen sind über ein öffentlich zugängliches Dashboard verständlich darzustellen. Bei größeren Projekten sind regelmäßige Quartalsberichte zu erstellen und zu veröffentlichen. Für Bürgerinnen und Bürger ist ein „leicht lesbarer“ Haushalt zu erstellen und zu veröffentlichen. Bürgerinnen und Bürger müssen verstehen können, wofür das Geld verwendet wird und welche Prioritäten gesetzt werden.

Unser Ziel ist klar: Hannover braucht eine Finanzpolitik, die von wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung geprägt ist und damit langfristige Planungssicherheit für Stadt und Region schafft. Schuldenpolitik muss transparent begründet werden, sie darf nicht zu Lasten der Bürger gehen. Bürger müssen mehr Einfluss auf Prioritäten und Entscheidungen bekommen.

3. Gute Bildung und Schulen für alle Kinder und Jugendliche

- Sprachförderung verbindlich gestalten
- Kostenfreies Mittagessen an allen Schulen (einschließlich Sek. 1) für ALLE SchülerInnen gewährleisten

- Sprachförderprogramme flächendeckend ausbauen
- Einsatz von Sprachlernklassen ermöglichen mit ausreichend Förderschullehrkräften sowie DAZ-Lehrkräften
- Sprachförderangebote auch an Berufsbildenden Schulen (BBS) deutlich ausbauen
- Schulgebäude in Stadt und Region prioritär sanieren
- Verpflichtende Sprachstandüberprüfungen vor der Beschulung in Regelschulklassen
- Ein kostenfreies Mittagessen für ALLE Schülerinnen und Schüler bis einschließlich Jahrgang 10 ohne Anträge, Nachweise und Stigmatisierung, denn ein Kind kann nur dann gut lernen, wenn es satt ist
- Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung konsequent umsetzen

Entscheidend für einen gelungenen Bildungsweg – und für eine erfolgreiche Integration – ist eine verbindliche und konsequent umgesetzte Sprachförderung. Sprache ist der Schlüssel zu Bildung, zu sozialer Teilhabe und zu echter Chancengleichheit. Wer die Unterrichtssprache sicher beherrscht, kann dem Unterricht folgen, Freundschaften schließen und sich aktiv einbringen. Deshalb darf Sprachförderung nicht vom Zufall oder vom Engagement einzelner Schulen abhängen. Sie muss systematisch, frühzeitig und durchgängig organisiert sein.

Dazu gehört für uns auch, dass vor dem Übergang in eine Regelschulklasse verpflichtende Sprachstandsüberprüfungen durchgeführt werden. Wo Förderbedarf festgestellt wird, muss gezielte und verbindliche Unterstützung erfolgen, bevor oder begleitend zur Beschulung in der Regelklasse. Der Einsatz von Sprachlernklassen muss dort ermöglicht werden, wo er gebraucht wird. Gleichzeitig brauchen alle Schulen ausreichend Förderschullehrkräfte sowie Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache (DaZ).

Auch an berufsbildenden Schulen besteht ein großer Bedarf an zusätzlichen Sprachkursen. Viele junge Menschen befinden sich dort in Ausbildung, im Übergangssystem oder holen Schulabschlüsse nach.

Die von der Region Hannover angekündigten Investitionen in Schulneubau und -sanierung in Höhe von 850 Mio. € sind dringend notwendig. Hier muss die Verwaltung schnell eine Prioritätenliste vorlegen. Außerdem hat sich gezeigt, dass für die Umsetzung des Programms deutlich mehr Stellen im Schulbaudezernat benötigt wird.

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen ab dem Schuljahr 2026/27 stellt viele Kommunen vor große Probleme. Es mangelt vielerorts an Personal, geeigneten Räumlichkeiten und Konzepten für die Ferienbetreuung. Hier ist vor allem das Land Niedersachsen, aber auch Region und Stadt Hannover in der Pflicht, endlich die dafür dringend notwendigen finanziellen und personellen Mittel bereitzustellen.

Dass kurz vor dem Beginn des neuen Schuljahres zahlreiche Kinder in der Region Hannover noch keinen Platz an einer Förderschule gefunden haben, ist ein Skandal. Die Regionsverwaltung muss hier dringend kurzfristig für mehr Personal und geeignete Schulgebäude sorgen.

Zu einer besseren Inklusion gehört auch die Entlastung der Lehrkräfte durch Schulsozialarbeiter/-innen und Schulpsychologen/-innen, Verwaltungspersonal, sowie pädagogische Unterstützung für Inklusions- und Integrationsaufgaben.

Zu einer besseren Inklusion gehört auch die Entlastung der Lehrkräfte durch Schulsozialarbeiter/-innen und Schulpsychologen/-innen, Verwaltungspersonal, sowie pädagogische Unterstützung für Inklusions- und Integrationsaufgaben.

Unser Ziel ist klar: Hannover soll eine Stadt sein, in der jedes Kind die gleichen Startchancen erhält. Für mehr Teilhabe, mehr Zusammenhalt und eine erfolgreiche Integration in unserer Stadt.

4. Arbeitsplätze und soziale Standards sichern

- Arbeitsplätze in Industrie, Mittelstand und Handwerk schützen.

- Industriestandort Volkswagen Nutzfahrzeuge stärken.
- Messe-Standort Deutsche Messe AG absichern.
- Konkrete Mittelstandsförderung, wie finanzielle Förderung
Bürokratieabbau und zügige Genehmigungsverfahren)
- One-Stop-Transferstelle Wirtschaft-Hochschule (LUH, MHH, TiHo, HsH)
für Gründungen, Patente, Reallabore.
- Tarifbindung bei lokalen Vergaben konsequent einhalten.
- Ablehnung von PPPs (Public Private Partnerships).
- Keine Privatisierung der Daseinsvorsorge.

Wirtschaft bedeutet Arbeitsplätze, Ausbildungschancen und Sicherheit für Familien. Wenn Betriebe schließen oder Investitionen ausbleiben, trifft das nicht „den Markt“, sondern die Menschen in unserer Stadt und der Region. Deshalb darf die wirtschaftliche Stärke Hannovers nicht durch unnötig hohe Energiekosten belastet werden.

Ein digitales Bürgerbüro im Sinne eines „One-Stop-Shops“ soll Genehmigungen, Anträge und Beratungen bündeln. Statt von Stelle zu Stelle geschickt zu werden, brauchen Bürgerinnen und Bürger eine zentrale, kompetente Anlaufstelle – digital erreichbar, aber auch persönlich ansprechbar. Transparenz über öffentliche Aufträge und über die Vergabe von Fördermitteln, insbesondere für Startups, ist für uns selbstverständlich. Wer wirtschaftliche Entwicklung will, muss Entscheidungen nachvollziehbar machen.

Hannover ist Wissenschafts- und Produktionsstadt. Wir verknüpfen Forschung und Praxis. Reallabore, Technologietransfer und unkomplizierte Erprobung neuer Lösungen – gemeinsam mit der Leibniz Universität, MHH, TiHo, HsH und den Technologiezentren. So entstehen neue Produkte, Ausgründungen, sichere Arbeitsplätze und Wertschöpfung hier vor Ort – nicht in anonymen Konzernen fernab der Region.

Der Industriestandort Volkswagen Nutzfahrzeuge ist ein Herzstück unserer Region. Tausende Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt davon ab. Hier werden Fachkräfte ausgebildet, hier entsteht Wertschöpfung, hier wird Zukunftstechnologie entwickelt. Wir wollen, dass dieser Standort auch morgen noch stark ist – mit klarer politischer Unterstützung, wettbewerbsfähigen Energiepreisen und einem eindeutigen Bekenntnis zur Autostadt Hannover.

Auch der Messe-Standort Deutsche Messe AG ist weit mehr als ein Gelände mit Hallen. Er ist Motor für Hotellerie, Gastronomie, Einzelhandel und zahlreiche Dienstleister. Wenn die Messe brummt, profitiert die ganze Region. Deshalb setzen wir uns entschlossen dafür ein, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts zu sichern, neue Formate zu ermöglichen und Hannover international sichtbar zu halten.

Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. In Städten wie Burgdorf zeigt sich, wie viel Innovationskraft, Verantwortung und Engagement in familiengeführten Betrieben steckt. Diese Unternehmen brauchen konkrete Unterstützung: weniger Bürokratie, verlässliche Fördermöglichkeiten und vor allem schnelle Genehmigungsverfahren. Planungen für Wohnungsbau und Gewerbegebiete müssen offen kommuniziert werden. Wer investieren will, braucht Klarheit – keine endlosen Wartezeiten oder intransparente Prozesse.

Wir wollen zudem eine zentrale Kontaktstelle für Fragen zu Markenrecht, Patenten und gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen. Gerade kleinere Betriebe und Gründerinnen und Gründer haben oft innovative Ideen, aber nicht die Ressourcen für teure Rechtsberatung. Hier kann die Region unterstützend wirken. Ein regelmäßiger Unternehmertag soll darüber hinaus den direkten Austausch zwischen Wirtschaft, Verwaltung und Politik stärken.

Das Handwerk bildet junge Menschen aus, sorgt für regionale Wertschöpfung und ist unverzichtbar für Wohnungsbau, Instandhaltung, Sanierung und Energiewende. Wir wollen Dienstleistungen im Handwerk gezielt fördern, Betriebsnachfolgen erleichtern und Gründungen unterstützen. Gleichzeitig

stehen wir für faire Arbeitsbedingungen: Bei öffentlichen Vergabeverfahren muss Tarifbindung ein wichtiges Kriterium sein. Dumpinglöhne dürfen nicht durch öffentliche Aufträge indirekt belohnt werden. Die Einhaltung von Arbeitserlaubnissen und gesetzlichen Vorgaben muss konsequent kontrolliert werden.

Internationale Unternehmerinnen und Unternehmer sowie ausländische Fachkräfte sind ein Gewinn für unsere Region. Sie brauchen klare Informationen, verlässliche Ansprechpartner und praktische Hilfsangebote bei Gründung, Anerkennung und Integration. Wirtschaftliche Offenheit und soziale Verantwortung gehören für uns zusammen. Gute Arbeit braucht gute Fachkräfte. Wir erleichtern Ausbildung, Weiterbildung und den Einstieg in Arbeit – für junge Menschen aus der Region ebenso wie für Zugewanderte. Anerkennung von Abschlüssen, unbürokratische Beratung und bezahlbare Wohnangebote für Azubis und Studierende gehören zusammen. Ein kommunales Welcome- und Anerkennungscenter macht Wege kurz und Entscheidungen verlässlich.

Starke Wirtschaft braucht starke Infrastruktur. Dazu zählen bezahlbare Energiepreise, eine moderne, flächendeckende Glasfaserinfrastruktur in Stadt und Umland – zu dauerhaft bezahlbaren Konditionen – sowie eine verlässliche Bargeldversorgung, funktionierende Verkehrsanbindungen und medizinische Versorgung. Wir wollen keine Verödung der Dorflandschaft. Ärztliche Versorgung, funktionierende Verkehrsanbindungen und eine intakte Infrastruktur sind Grundvoraussetzungen dafür, dass Menschen gerne hier leben und arbeiten. Zur starken Infrastruktur zählen heute Glasfaser, 5G in Gewerbegebieten und eine effiziente, emissionsarme Logistik. Der Hafen am Mittellandkanal und der Flughafen sind Standortfaktoren – mit klarem Bekenntnis zu Lärmschutz, guter ÖPNV-Anbindung und verlässlichen Abläufen. Letzte-Meile-Hubs und moderne Zustellung entlasten Innenstädte und Quartiere, ohne Betriebe zu behindern.

Ebenso setzen wir auf die enge Verzahnung von Wirtschaft, Universität, Lehre und Ausbildung. Innovation entsteht dort, wo Forschung, Praxis und Nachwuchsförderung zusammenkommen. Wer in Bildung investiert, investiert in die Zukunft unserer Region.

Wir wenden uns dagegen, dass der persönliche Wohlstand immer stärker vom sozialen Status der Eltern abhängt. Die Kommunen müssen alle Möglichkeiten nutzen, um die hart arbeitenden Menschen, die unsere Gesellschaft am Laufen halten, zu entlasten, statt Gebühren zu erhöhen.

Die massive schuldenfinanzierte Aufrüstung schränkt, durch steigende Zins- und Tilgungszahlungen, die Spielräume der öffentlichen Haushalte weiter ein. Besonders betroffen sind die Kommunen, die den Großteil der öffentlichen Investitionen leisten.

Bei der Vergabe kommunaler Aufträge dürfen nur tarifgebundene Unternehmen – einschließlich ihrer Subunternehmen – zum Zuge kommen. Ausschreibungen mit PPP-Beteiligungen (Public Private Partnership) lehnen wir ab, da dadurch Kosten steigen, ohne die Qualität zu verbessern. Kommunale Fördermittel dürfen ausschließlich an tarifgebundene Unternehmen vergeben werden.

Kommunale Dienstleistungen sowie die gesamte Daseinsvorsorge (Energie, Wasser, Strom, Abfall usw.) gehören in die öffentliche Hand. Die Tarifbindung über den kommunalen Arbeitgeberverband ist sicherzustellen.

Wir bekennen uns zu den Gewerkschaften im DGB sowie zur Mitbestimmung auf betrieblicher und Unternehmensebene.

In kommunalen Unternehmen und Behörden streben wir eine Ausbildungsquote von mindestens 7 % an, damit Jugendliche ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Ausbildungsplätzen vorfinden und genügend Fachkräfte ausgebildet werden.

Die Arbeitsbedingungen in den Jobcentern müssen so gestaltet sein, dass die Mitarbeitenden in die Lage versetzt werden, von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen bei der Arbeitssuche zu unterstützen und zu begleiten. Dies gilt insbesondere für Menschen mit Einschränkungen. Die Mitarbeitenden müssen hierfür so qualifiziert sein, dass sie den Betroffenen helfen können, eine Beschäftigung zu finden, die einen auskömmlichen Lebensunterhalt ermöglicht. Die Jobcenter müssen dafür finanziell angemessen ausgestattet werden. Die verbreitete Praxis, Mittel, die für Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung vorgesehen sind, zur Deckung von Personal- und Sachkosten umzuschichten, verschleiern die strukturelle Unterfinanzierung der Jobcenter und wird von uns daher abgelehnt.

Die Möglichkeit der Barzahlung muss in kommunalen Unternehmen und Einrichtungen erhalten bleiben. Dies betrifft insbesondere den Erwerb von Tickets im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie den Zugang zu Schwimmbädern und ähnlichen Angeboten. Eine flächendeckende Bargeldversorgung bedeutet, dass der Zugang zu Geldautomaten für alle Menschen gewährleistet sein muss – auch im ländlichen Raum. Den Abbau von Geldautomaten lehnen wir daher grundsätzlich ab, insbesondere bei den Sparkassen. Sparkassen dürfen keine Gebühren für Bargeldabhebungen erheben.

Unser Ziel ist klar: Hannover und die Region sollen Wirtschaftsstandort bleiben – mit sicheren Arbeitsplätzen, innovativen Unternehmen und einer guten Verwaltung, Keine Privatisierung der Daseinsvorsorge, Ablehnung von PPPs und Tarifbindung bei Vergaben.

5. Wohnungsmangel ist Politikversagen

- Wohnnebenkosten senken und Gebühren für Energie, Wasser und Abfall reduzieren.
- Mehr kommunalen Wohnungsbau über die GBH Hannover.

- Nachverdichtung da wo es sinnvoll ist

Wohnen ist ein Grundrecht. Und trotzdem wird es für immer mehr Menschen in Hannover zum Problem durch hohe Kosten.

Deshalb muss der kommunale Wohnungsbau deutlich gestärkt werden. Mehr Wohnungen in öffentlicher Hand bedeuten mehr Einfluss auf Mietpreise, mehr soziale Durchmischung und mehr Sicherheit für die Menschen. Die GBH Hannover spielt dabei eine zentrale Rolle. Sie muss wieder stärker zum Instrument einer sozialen Wohnungspolitik werden – nicht nur Verwalterin, sondern Gestalterin.

Eine zentrale Vergabestelle mit einem Leerstands-Register, um Leerstand zu erfassen und – wo möglich – wieder dem Wohnungsmarkt wieder zuzuführen ist eine sinnvolle Einrichtung. Auch Nachbarschaftshilfe und soziale Träger können hier unterstützen, damit Wohnraum nicht ungenutzt bleibt.

Es braucht mehr Bauland – besonders für Familien und für generationenübergreifende Wohnprojekte. Auch bislang ungenutzte Agrarbereiche, müssen geprüft werden, wenn sie sich für Neubauten eignen.

Neue und flexible Wohnformen ermöglichen, wie Tiny-Häuser können für junge Menschen, Alleinstehende oder ältere Bürgerinnen und Bürger eine Alternative sein. Gleichzeitig stehen viele Gebäude leer oder sind sanierungsbedürftig. Hier braucht es weniger bürokratische Hürden und mehr Pragmatismus. Durch eine sinnvolle Reduzierung überzogener Bauvorschriften können Bestandsgebäude wieder zu bezahlbarem Wohnraum werden.

Große Entwicklungsflächen dürfen nicht brachliegen. Die Sanierung des Deurag-Nerag-Geländes bietet die Chance, neuen Wohnraum zu schaffen und gleichzeitig städtebauliche Altlasten zu beseitigen. Ebenso müssen die Mergelgruben in Hannover-Misburg stärker zu Erholungsgebieten weiterentwickelt werden.

Und wir dürfen die nicht vergessen, die ganz am Rand stehen. Wir setzen auf „Housing First“ statt auf feindliche Architektur. Menschen ohne Wohnung brauchen zuerst ein Dach über dem Kopf – keine Verdrängung aus dem öffentlichen Raum. Eine soziale Stadt zeigt sich daran, wie sie mit den Schwächsten umgeht.

Seit 2016 wurden die Wohnzusatzkosten wie u.a. Trinkwasser und Müllabfuhr in Hannover doppelt so stark erhöht wie im bundesweiten Vergleich. Hannover ist bezogen auf diese Gebühren damit zur drittteuersten Stadt in Deutschland aufgestiegen. Gebühren sind damit zu einer „zweiten Miete“ geworden. Sie dürfen nicht weiter erhöht bzw. müssen gesenkt werden.

Das Ihme-Zentrum ist seit langem ein Sanierungsfall. Dass die Stadtverwaltung und die in Hannover regierenden Parteien – SPD, CDU und Grüne – seit Jahren keinen Finger rühren, um das Ihme-Zentrum zu retten, ist ein politischer Skandal. Die Politik muss hier endlich ihrer Verantwortung gerecht werden und darf nicht länger den Kopf in den Sand stecken. Wir fordern, dass sie endlich ernsthaft die Umsetzung von Revitalisierungskonzepten angeht, wie sie etwa von der „Zukunftswerkstatt Ihme-Zentrum“ entwickelt worden sind.

Die Kosten der Unterkunft (KdU) sind in den letzten Jahren auch für arbeitslose und armutsgefährdete Menschen in der Region Hannover zu einem immer größeren Problem geworden. Recherchen der BSW-Regionsfraktion haben ergeben, dass die Angebotsmieten auf dem hannoverschen Wohnungsmarkt zum Teil erheblich über dem vom Jobcenter anerkannten und tatsächlich gezahlten Kosten der Unterkunft liegen. Wir fordern deshalb bei der Zahlung der KdU eine Berücksichtigung der realen Wohnungskosten. Erschwingliches Wohnen ist ein Menschenrecht!

Unser Ziel ist klar: Hannover soll eine Stadt bleiben, in der Krankenschwestern, Handwerker, Verkäuferinnen, Rentner, Studierende und Familien nebeneinander wohnen können.

6. Verkehrspolitik für alle

- Mobilität muss für alle funktionieren
- Fließenden Verkehr sichern
- Zurücknahme der Privatisierung des S-Bahn-Verkehrs
- Gebührenerhöhung für Anwohnerparken zurücknehmen
- 29 Euro Ticket für den Nahverkehr
- ÖPNV-Nutzung nicht nur mit Smartphone-App
- Ausbau des Sprinti zu einem Kleinbussystem
- Ausbau separater Radwege

Für viele Menschen ist das Auto nach wie vor im Alltag unverzichtbar. Pendler, Transporte, Versorgung gehen in vielen Fällen nur mit dem Auto. Das muss berücksichtigt werden. Als BSW beteiligen wir uns nicht an einer ideologisch motivierten Verdrängung von Autofahrern. Die von der Stadt beschlossene Verteuerung des Anwohnerparkens ist sozial ungerecht und die Verteuerung des Parkraumes schadet besonders auch kleinen und inhabergeführten Geschäften. Die geplante Autoverdrängung aus der Georgstrasse in Hannover lehnen wir ab.

Das BSW steht für eine pragmatische, soziale und realistische Verkehrspolitik. Auf kommunaler Ebene machen wir uns für eine gute Infrastruktur für Fußgänger und Radfahrer, gute Straßen und günstige Parkflächen für den Autoverkehr sowie einen preiswerten und zuverlässigen Öffentlichen Personennahverkehr stark.

Der ÖPNV entlastet und bringt viele Menschen zur Arbeit hat aber auch Probleme wie nicht passende Taktfolgen, überfüllte Züge, ausfallende Verbindungen.

In der Region Hannover hat die Privatisierung des S-Bahnverkehrs seit 2021 zu einer deutlichen Verschlechterung des Angebots geführt. Der Betreiber Transdev ist nach wie vor nicht in der Lage, seinen vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen, weil er zu wenig Personal,

Werkstattkapazitäten und Triebwagen hat. Für uns ist deshalb klar: die Privatisierung des ÖPNV in der Region Hannover muss wieder rückgängig gemacht werden.

Veraltete Signale, Stellwerke und Gleise erschweren es den Betreibern des Nahverkehrs, die vertraglich geforderte Betriebsqualität zuverlässig zu erfüllen. Aber auch die Fahrzeugflotten selbst bereiten zunehmend Schwierigkeiten. Sowohl die Stadtbahnfahrzeuge der ÜSTRA als auch die Züge im Regional- und S-Bahn-Verkehr kämpfen mit technischen Defekten, Verzögerungen bei der Ersatzteilbeschaffung und langen Instandsetzungszeiten. Das neben der ÜSTRA mehrere Eisenbahnunternehmen für den Regional- und S-Bahn-Verkehr verantwortlich sind, führt häufig zu Koordinationsproblemen. Hinzu kommen personelle Engpässe, vor allem bei Triebfahrzeugführern und Werkstattpersonal. Personalmangel führt zu Zugausfällen, verlängerten Werkstattständen und einer geringeren Fahrzeugverfügbarkeit, was wiederum auf den Fahrplan zurückwirkt.

Die von der Stadt und Region geplante Stadtbahn-Anbindung des Neubaus der MHH durch eine neue Trasse Stadtfelddamm lehnen wir als unnötig ab, weil dies zu hohen Kosten für Stadt und Region führen könnte und es eine vernünftige Alternative dazu durch das von der MHH vorgeschlagene Shuttlebus-System gibt. Außerdem halten wir es nicht für vertretbar, dass durch die geplante Stadtbahntrasse vierhundert Kleingärten plattgemacht werden sollen.

Die von der BSW-Regionsfraktion durchgesetzte Version des Deutschlandtickets als Smartphone unabhängige Karte muss erhalten bleiben. Die von der Uestra geplante digitale Fahrkarte „Uestra easy“ in der Region Hannover halten wir für einen richtigen Schritt zu einem einfacheren und nachvollziehbaren Tarifsystem. Allerdings sind wir als BSW der Meinung, dass diese App nicht zum alleinigen Maßstab werden darf. Viele Menschen

verfügen nicht über ein Smartphone oder möchten bewusst keines nutzen. Diese Fahrgäste dürfen nicht abgehängt werden.

Ein Erfolgsmodell in der Region Hannover ist der Sprinti, weil er gerade im Umland von Hannover eine preiswerte und flexible Nutzung des ÖPNV ermöglicht. Das BSW setzt sich hier für einen Ausbau in Richtung eines Kleinbussystems ein. Dies könnte längerfristig auch zu Einsparungen führen, wenn Kleinbusse auf Linien eingesetzt werden, die wenig Fahrgäste haben. Beim Ausbau des ÖPNV in Hannover setzen wir uns für mehr Ringverbindungen ein mit dem Ziel, Stadtteile direkt miteinander zu verbinden, ohne den Zwang von Umstiegen über den Kröpcke.

Hinzu kommt, dass die Fahrpreise für Busse und Bahnen in Hannover immer teurer werden – seit 2020 um 15 %. Das kann so nicht weitergehen - der ÖPNV muss für alle bezahlbar sein! Das BSW fordert deshalb ein 29 Euro Monatsticket für die Region Hannover.

Unser Ziel ist klar: Ein strategischer Masterplan 2035 für den öffentlichen Nahverkehr, der alle Probleme angeht: Personaloffensive, stärkere Qualitätskontrolle, Flottenmodernisierung, einheitliches Störungs- und Informationsmanagement und Überprüfung der Vergabepaxis.

7. Funktionierende Verwaltung im Sinne der Bürger

- Erreichbarkeit von Bürgerbüros ist auszuweiten und barrierefrei zu gestalten. Kein Onlinezwang im öffentlichen Leben. Bargeld ohne Gebühren an Geldautomaten der Sparkasse sichern.
- Bürgerämter in Linden-Limmer, Bothfeld und Döhren personell stärken.
- Mobile Bürgerbüros für Neustadt am Rübenberge und Springe einrichten.

Kein Onlinezwang im öffentlichen Leben. Digitalisierung ist ein Fortschritt – aber sie darf nicht zur Ausgrenzung führen. Nicht jeder Mensch hat ein Smartphone, einen Drucker oder die nötige digitale Sicherheit.

Behördengänge dürfen nicht davon abhängen, wie technikaffin jemand ist. Digitale Angebote ja – aber immer freiwillig und ergänzend. Der persönliche

Kontakt im Bürgerbüro bleibt unverzichtbar. Wir setzen auf Omnikanal statt Onlinezwang: persönlich, telefonisch, postalisch und digital – barrierefrei, verständlich und verlässlich. Transparente Verfahren, klare Zuständigkeiten und schnelle Rückmeldungen sind kein Luxus, sondern Ausdruck von Respekt. Digitale Angebote müssen dem Menschen dienen – datenschutzfreundlich, sicher und unabhängig von einzelnen Anbietern. (Offene Standards und Open Source senken Kosten, erhöhen Sicherheit und machen die Verwaltung zukunftsfest.) Damit Verwaltung nicht nur in der Innenstadt stattfindet, sollen mobile Bürgerbüros für Neustadt am Rübenberge und Springe einrichten. Unser Ziel ist klar: Eine Verwaltung, die erreichbar ist, niemanden ausschließt und den Menschen in Stadt und Region Hannover mit Respekt, Verlässlichkeit und Serviceleistung begegnet.

8. Gesundheitsversorgung sicherstellen

- Ärzte- und Pflegemangel bekämpfen. Medizinische Daseinsvorsorge sichern.
- Stipendienvergabe zur Gewinnung von Personal in den Kliniken
- Keine Klinikschließungen
- Kritische Aufarbeitung der Corona Maßnahmen
- Pilotprojekt "Kommunale Altenpflege"

Die medizinische Versorgung der Bevölkerung ist Teil der Daseinsvorsorge. Kommunen haben diese für alle Menschen sicherzustellen – unabhängig vom Wohnort. Die 2023 mit den Stimmen von SPD, Grünen, Volt, Die Partei und Hannoveranern beschlossene „Medizinstrategie 2030“ verfolgt jedoch das Gegenteil: Medizinische Angebote werden in der Fläche abgebaut und zentralisiert, um Kosten zu sparen.

Darunter bspw. das Krankenhaus in Lehrte, welches – als „Umzug nach Großburgwedel“ verharmlost und – komplett geschlossen wurde, trotz des Widerstands der Bevölkerung. Nach der Lehrter Schließung stellte auch der ärztliche Bereitschaftsdienst ein. Bereits zuvor war das Krankenhaus in Springe im Zuge der „Medizinstrategie 2020“ geschlossen worden. Die

finanzielle Stabilisierung des Klinikum Region Hannover trat nach der Schließung in Springe nicht ein; deshalb ist zweifelhaft, dass die Schließung in Lehrte das Problem der chronischen Unterfinanzierung der Krankenhäuser – insbesondere durch mangelnde Investitionen des Landes Niedersachsen – lösen wird.

Das geplante „Regionale Gesundheitszentrum“ (RGZ) kombiniert Krankenhaus und Arztpraxen, bietet jedoch keine Rund-um-die-Uhr-Notfallversorgung und kann eine regionale Klinikversorgung nicht ersetzen. Insbesondere im ländlichen Raum werden die gesetzlich vorgeschriebenen Erreichbarkeitszeiten von Rettungswagen bereits jetzt häufig nicht eingehalten.

Um den zunehmenden Ärztemangel abzufedern, setzen wir auf gezielte Stipendienprogramme und eine Ausbildungsoffensive, welche die Fachkräfte frühzeitig an die Kliniken der Region binden sollen. So kann die Personalgewinnung gestärkt und die medizinische Versorgung langfristig gesichert werden.

Die bisherige öffentliche Daseinsversorgung wie Kinder- und Jugendbetreuung, Schulen, Kliniken und Infrastruktur ist noch aus dem Blick und den Notwendigkeiten einer jungen Gesellschaft geprägt. Jedoch vergessen wir bisher die Schaffung von ausreichenden und bezahlbaren Angeboten für Seniorinnen und Senioren, und dass, obwohl sich die Alterspyramide unserer Gesellschaft gegenteilig verschoben hat. Aus diesem Grund setzt sich das BSW für die Errichtung erster kommunal getragener Altenpflegeeinrichtungen, ohne Profitabsicht ein.

Die „Medizinstrategie 2030“ gefährdet Leben, zentralisiert Abteilungen und wertet nur einzelne Häuser auf, während die Grundversorgung aus der Fläche weiter zurückgeht.

Unser Ziel ist klar: Wir setzen uns für eine flächendeckende, wohnortnahe Gesundheitsversorgung in der gesamten Region Hannover ein – unterstützt

durch Stipendien zur Gewinnung von dringend benötigtem medizinischem Personal.

9. Sozialverträgliche Klimapolitik

- Klimaschutz bezahlbar gestalten.
- Sozialverträgliche Fernwärmepreise mit enercity sichern, Monopoltendenz begrenzen, Transparenz Offenlegung
- Kein Rückbau des Gasnetzes, Zukunftssicher machen für H2, Biomethan.
- Erhalt des städtischen Gasnetzes
- Hochwasserschutz an Leine und Ihme verbessern.
- Landwirtschaft im Calenberger Land unterstützen.
- Schwammstadt-Programm: Entsiegeln, Versickern, Dach- und Fassadenbegrünung – zuerst in hitze- und starkregenbelasteten Quartieren.
- Hitzeschutz an Schulen, Kitas und Pflegeeinrichtungen: Beschattung, Trinkbrunnen, Aufenthaltsflächen und angepasste Raumkonzepte.

Hannover und die Region stehen vor der großen Aufgabe, Klimaschutz und Umweltpolitik so zu gestalten, dass ökologische Notwendigkeiten und soziale Realität vereinbar sind. Nur wenn Klimaschutz bezahlbar, sinnvoll und bezahlbar ist, geht er nicht zu Lasten der arbeitenden Menschen. Die ökologische Transformation ist so zu gestalten, dass Versorgungssicherheit, bezahlbare Energie und Umweltziele gleichermaßen gewährleistet sind.

Ein zentraler Baustein ist die Wärmewende. Sie darf niemanden überfordern und muss gleichzeitig sicherstellen, dass alle Haushalte zuverlässig versorgt werden. Deshalb setzen wir uns für transparente und sozialverträgliche Fernwärmepreise, die Kontrolle monopolartiger Strukturen in der Wärmeversorgung und einen verantwortungsvollen Ausbau effizienter Technologien wie Kraft-Wärme-Kopplung und industrieller Abwärme ein. Das Gasnetz soll erhalten und perspektivisch für Wasserstoff und Biomethan genutzt werden können. Energetische Sanierungen sollen sozial abgesichert sein, damit niemand durch „zweite Mieten“ belastet wird. So gestalten wir

eine Energieversorgung, die klimafreundlich, verlässlich und für alle bezahlbar ist.

Die Folgen des Klimawandels sind schon jetzt spürbar: Hitzeperioden, Starkregen und Hochwasser stellen wachsende Anforderungen an unsere Stadt und Infrastruktur. Klimaanpassung ist deshalb keine freiwillige Aufgabe, sondern Teil unserer Daseinsvorsorge. Wir wollen den Hochwasserschutz an Leine und Ihme ausbauen, Entsiegelung, Versickerungsflächen sowie Dach- und Fassadenbegrünung konsequent vorantreiben und besonders belastete Stadtteile priorisieren. Schulen, Kitas und Pflegeeinrichtungen sollen systematisch mit Hitze- und Kälteschutzmaßnahmen ausgestattet werden.

Nachhaltige Umweltpolitik heißt für uns auch: Natur und Freiräume schützen und gleichzeitig die regionale Landwirtschaft stärken. Die Landwirtschaft im Calenberger Land ist ein wichtiger Versorger und Teil unserer Kulturlandschaft. Gleichzeitig wollen wir Naherholungsräume wie die Eilenriede, den Maschsee und die Leine Aue erhalten und Stadtgrün gezielt ausbauen, um Klima, Biodiversität und Aufenthaltsqualität zu verbessern. Umweltpolitik ist auch Gesundheitspolitik. Lärm, Luftverschmutzung und Verkehrsdichte wirken direkt auf die Lebensqualität. Deshalb wollen wir Tempo-30-Zonen in Wohngebieten und vor sensiblen Einrichtungen ausweiten, Lärm- und Schadstoffbelastungen reduzieren und leistungsfähige Verkehrsachsen dort erhalten, wo sie für Wirtschaft und Pendler wichtig sind. Unser Ziel ist klar: Wir gestalten eine Klima- und Umweltpolitik, die ökologische Verantwortung, soziale Gerechtigkeit und Versorgungssicherheit berücksichtigt. Hannover und die Region sollen lebenswerter, nachhaltiger und zukunftsfähiger werden – für alle Menschen, die hier leben, heute und in den kommenden Generationen.

10. Kulturelle Einrichtungen erhalten

- Kulturelle Angebote für breite Bevölkerungsschichten sichern.

- Kleine Bühnen und Stadtteilkultur in Linden, Misburg und Ricklingen fördern.
- Alle Zweigstellen der Stadtbibliothek Hannover erhalten und das Medienangebot für zugewanderte Menschen erweitern.
- Das Historische Museum Hannover zügig wiedereröffnen und langfristig sichern
- Freizeitheime in den Stadtteilen erhalten, modernisieren und ihre Nutzung bezahlbar halten.
- Städtische Bäder personell stärken, Sanierungen beschleunigen und Schwimmunterricht für alle Kinder ermöglichen.
- Sportplätze und Sporthallen prioritär sanieren und für Vereine verlässlich nutzbar machen.
- Ehrenamtliche Arbeit in Vereinen und Verbänden stärker unterstützen und Bürokratie abbauen.
- Eine verlässliche Mindestförderung kultureller Einrichtungen und Vereinsarbeit sichern.

Hannover verfügt über eine vielfältige Kulturlandschaft mit überregionaler Ausstrahlung. Einrichtungen wie das Staatstheater, die Oper und bedeutende Kulturinstitutionen sind dauerhaft zu erhalten und gleichzeitig kleine Bühnen und Stadtteilkultur, besonders in Linden, Misburg und Ricklingen, gezielt zu fördern. Eine verlässliche und planbare Grundfinanzierung kultureller Einrichtungen ist wichtig. Als UNESCO City of Music trägt Hannover eine besondere Verantwortung für die Weiterentwicklung seines kulturellen Profils. Bibliotheken und Büchereien sind Orte der Bildung, Begegnung und Integration – sie verbinden Menschen und fördern Chancengerechtigkeit.

Museen sind Orte der historischen Aufarbeitung, der Bildung und des gesellschaftlichen Diskurses. Die Wiedereröffnung und langfristige Sicherung des Historischen Museums Hannover soll zügig voran gehen.

Stadtteilzentren und Freizeitheime sind unverzichtbar. Sie stärken lokale Vernetzung und kulturelle Teilhabe. Diese Einrichtungen sind zu erhalten, zu

modernisieren und bezahlbare Nutzungsmöglichkeiten für Initiativen, Vereine und Bürgerinnen und Bürger zu sichern.

Sport ist ein weiterer wichtiger Baustein für Gesundheit, Integration und Gemeinschaft. Die städtischen Bäder sind personell zu stärken, zu sanieren und verlässlich zu öffnen. Schwimmunterricht ist flächendeckend anzubieten und Sporthallen sowie Sportplätze priorisiert zu modernisieren. Zugleich sollen Nutzungsbedingungen für Vereine und die Bevölkerung bezahlbar bleiben.

Das ehrenamtliche Engagement ist das Herzstück des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wir wollen bürokratische Hürden für Vereine und Initiativen abbauen, stabile und verlässliche Förderstrukturen sichern und die Arbeit von Ehrenamtlichen stärker anerkennen und unterstützen.

Unser Ziel ist klar: Hannover und die Region sollen eine Stadt bleiben, in der Kultur, Sport und ehrenamtliches Engagement verlässlich gesichert, für alle zugänglich und nachhaltig gefördert werden. So schaffen wir Begegnung, Integration und sozialen Zusammenhalt – und sichern Lebensqualität für alle Generationen.

11. Lokale und regionale Land- und Forstwirtschaft

- Landwirtschaft als Lebensgrundlage stärken.
- sofortiger Bürokratieabbau
- faire Bedingung und echte Unterstützung

Landwirtschaft ist harte Arbeit und sie sichert unsere Ernährung. Sie bedeutet frühes Aufstehen, lange Tage, Verantwortung für Tiere, Böden und Wälder – bei jedem Wetter und oft unter enormem wirtschaftlichem Druck. Wer durch unsere Region fährt, sieht Felder, Höfe und Wälder. Was man nicht sofort sieht, ist die Unsicherheit, mit der viele Familienbetriebe jeden Tag leben müssen.

Wir stehen zu unseren lokalen und regionalen Landwirtschafts- und Verarbeitungsbetrieben. Insbesondere in Zeiten zunehmender Krisen geht es um die gezielte Förderung lokaler und regionaler Absatzmärkte für kleine und mittelständische Betriebe. Das verkürzt Lieferwege und stärkt unseren ländlichen Lebens- und Wirtschaftsraum.

Kommunen sollen deshalb regionale Landwirte und Marktbeschicker aktiv bei der Direktvermarktung auf Wochenmärkte unterstützen und ihren Wochenmarkt prominenter bewerben. Bei der Belieferung kommunaler Einrichtungen und Schulkantinen soll die regionale Herkunft der Lebensmittel oder deren Verarbeitung ein zentrales Vergabekriterium werden.

Zum Tierschutz gehört auch die Jagd als bewährtes Instrument der Seuchenprävention und zur Vermeidung von Wildschäden. Dazu zählen gezielte Eingriffe bei überhandnehmenden Arten wie Wolf, Kormoran, Nutria oder Bibern, wenn deren Bestände Schäden an Artenvielfalt, Landwirtschaft oder Kulturlandschaft verursachen. Der Schutz und die nachhaltige Bewirtschaftung unserer Wälder sind uns wichtig. Wir sind Unterstützer von größeren Aufforstungsmaßnahmen, dies sollte vorrangig mit heimischen Baumarten erfolgen und Monokulturen vermieden werden.

Besonders sensibel sind auch unsere Mooregebiete in der Region Hannover. Moore sind keine „nassen Problemflächen“. Sie sind riesige CO₂- und Wasserspeicher sowie Lebensraum zugleich. Intakte Moore leisten aktiven Klimaschutz direkt vor unserer Haustür.

Aber genauso klar ist: Die Menschen, die auf diesen Flächen wirtschaften, dürfen nicht die Verlierer politischer Entscheidungen sein. Wenn Flächen wieder vernässt oder ökologisch aufgewertet werden sollen, braucht es faire und verlässliche Entschädigungen. Klimaschutz funktioniert nicht mit Zwang, sondern mit Respekt, Planungssicherheit und echter Partnerschaft. Freiwillige Programme statt Zwang – das ist unser Weg.

Unser Ziel ist klar: Städte, Gemeinden und die Region Hannover sollen zu ihrer Land- und Forstwirtschaft stehen – zu ihren Höfen, ihren Wäldern und ihren Mooren. Mit fairen Bedingungen und echter Unterstützung. Denn wer die Region stärken will, darf die Menschen auf dem Land nicht allein lassen.

12. Chancengleichheit statt Identitätspolitik fördern

- Aufklärung und Prävention schon an Schulen und Berufsschulen zur digitalen Gewalt, zu Respekt gegenüber Frauen und Geschlechtergerechtigkeit Frau und Mann, dem Sexualstrafrecht und dem Gewaltschutz als gesetzliche Norm sind elementare Grundlagen.
- Die konsequente Verfolgung von Tätern und der Schutz von bedrohten Frauen durch Prävention, dem Beispiel anderer Länder folgend, sollte Standard sein.
- Erwerbsfähigkeit und - Tätigkeit von Frauen fördern und Rahmenbedingungen verbessern

Die Gleichstellung von Frauen ist eine zentrale Frage sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Vernunft. Trotz rechtlicher Fortschritte bestehen nach wie vor strukturelle Benachteiligungen – etwa bei Einkommen, Erwerbsverläufen, Rentenansprüchen und der Verteilung von Sorgearbeit.

Steigende Fallzahlen häuslicher und sexualisierter Gewalt zeigen dringenden Handlungsbedarf auf kommunaler Ebene. Strafverfolgung und Ausbau von Schutzangeboten, schnelle Interventionsstrukturen, und Verzahnung von Polizei, Justiz und kommunalen Hilfesystemen müssen funktionieren. Prävention, insbesondere im Bereich digitaler Gewalt, muss systematisch gestärkt werden. Kommunale Sicherheitspolitik muss den Schutz von Frauen ausdrücklich berücksichtigen und strukturell verankern.

Verbindliche Bildungsangebote an Schulen und Berufsschulen zu Gleichberechtigung, rechtlichen Grundlagen und sozialen Kompetenzen ist zu

gewährleisten. Aufklärung über Sexualstrafrecht, Gewaltschutz und digitale Risiken sowie die Förderung von Konfliktfähigkeit sollen präventiv wirken.

Frauen sind weiterhin überdurchschnittlich häufig in Teilzeit, in gering entlohnenden oder nicht tarifgebundenen Beschäftigungsverhältnissen tätig. Diese Strukturen führen langfristig zu niedrigerem Einkommen und geringeren Renten. Wir wollen existenzsichernde Beschäftigung stärken, tarifgebundene Arbeitsverhältnisse fördern und gezielte Programme zum Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt anbieten. Zugewanderte und geflüchtete Frauen sollen gezielt beim Zugang zu Beschäftigung unterstützt werden. Wirtschaftliche Eigenständigkeit ist eine zentrale Voraussetzung für echte Gleichstellung.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleibt für viele Frauen eine strukturelle Hürde, besonders für Alleinerziehende. Wir setzen uns für einen bedarfsgerechten Ausbau von Kinderbetreuung, verlässliche und flexible Betreuungszeiten sowie gezielte Unterstützung für Alleinerziehende im Alltag und im Erwerbsleben ein. Gleichstellungspolitik muss sich an messbaren sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten orientieren.

Unser Ziel ist klar: Hannover und die Region sollen eine Stadt sein, in der Frauen gleichberechtigte Chancen auf Sicherheit, wirtschaftliche Unabhängigkeit und gesellschaftliche Teilhabe haben.